

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Rieser Verlag
Grenz Nr. 20,
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1530,
Girokonto:
Rieser Nr. 52

Nr. 160.

Montag, 13. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; werblicher und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bemittelter Rabatt erstattet, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungs-Einrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Teichgraber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittlich, Rieser.

Der Kampf um den Kredit.

Kabinettsberatungen bis zum Montagmorgen. — Einschneidende Maßnahmen. Die amerikanische Regierung bleibt der Kreditaktion fern. — Großbanken wollen sich beteiligen. Die amtlichen deutschen Börsen geschlossen.

Dauerberatungen in Berlin.

Berlin, 13. Juli.

Von Sonnabendnachmittag an und sich über den ganzen Sonntag hinziehend, fanden eingehende Besprechungen des Reichskabinetts mit Einschluß des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther und führender Persönlichkeiten des deutschen Bankgewerbes über die Kreditfrage statt.

Die Besprechungen der Ressortminister begannen am Sonnabendnachmittag gegen 6 Uhr. An der Sitzung nahmen auch führende Bankiers, u. a. die Direktoren Wassermann und Solmsen von der Deutschen Bank, Sobornhelm von der Commerz- und Privatbank, Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank und Mitscher von der Reichskreditanstalt teil. Zunächst erstattete Reichsbankpräsident Dr. Luther Bericht über seine Verhandlungen in London und Paris.

Die Beratungen dauerten bis gegen 1,45 Uhr Sonntagmorgen. Die in Vorschlag gebrachten inneren Maßnahmen wurden eingehend besprochen, ohne irgendwelche Beschlüsse zu fassen.

Auf jeden Fall ist man, wie wir aus gut unterrichteter Quelle hören, bestrebt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die bereits am Montag in Kraft gesetzt werden können, um einen weiteren Gold- und Devisenabfluß abzustoppen. Ob diese Maßnahmen lediglich von der Reichsbank zur Durchführung kommen, oder ob sich die Reichsregierung ihrerseits einschalten muß, hängt zunächst noch von dem Verlauf der Beratungen ab. Die Kreditfrage selbst wird inzwischen vom Reichsbankpräsidenten weiter vorangebracht.

Da im Laufe des Sonnabends die beteiligten Regierungen einschließlich Amerika auf diplomatischem Wege auf den Ernst der Lage in Deutschland aufmerksam gemacht worden sind, steht zu erwarten, daß nach dieser Richtung hin weitere Verhandlungen folgen werden, nachdem bereits aus Washington darauf bezügliche Nachrichten gekommen sind.

Der Reparationsausschuß des Reichskabinetts, der Sonntagvormittag nach 11 Uhr seine Beratungen in Fortsetzung der Sonnabend-Nachtberatungen begann, sah sich in den ersten Nachmittagsstunden zusammen. An dieser Sitzung nahm auch Reichsbankpräsident Dr. Luther teil, der entgegen seinen ursprünglichen Dispositionen in Berlin verblieben ist. Gegen 13 Uhr wurde ein Vertreter der Banken hinzugezogen, die ihrerseits Sonntagvormittag eine Beratung über die gleichen Fragen abhielten.

Die Reichsbank selbst wird selbstverständlich an den verschärften Kreditmaßnahmen festhalten, und man hofft, auf diese Weise genügend Vorsorge zu treffen, um die Gefahr eines weiteren empfindlichen Devisenabflusses zu bannen.

Die Beratungen des Reichskabinetts, die am Sonntagabend um 17 Uhr begannen, dauerten bis in die späten Nachtstunden.

Wie wir weiter erfahren, ist eine Verordnung zu erwarten, die der Reichsregierung die Ermächtigung gibt, bei Banken, deren Wirtschaftslage einer Stützung bedarf, eine Garantie zu übernehmen. Ferner wird eine Verfügung herauskommen, die sich mit der Regelung des Devisenverkehrs befaßt.

Neue Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin. (Funkdruck.) Das Reichskabinett ist um 11 Uhr wieder zusammengetreten, um die Beratungen der vergangenen Nacht, die gegen drei Uhr ihren Abschluß fanden, fortzuführen. Im Mittelpunkt dieser Sitzung steht die Notverordnung, die das in den frühen Morgenstunden veröffentlichte Communiqué angekündigt hat.

Die Reichsregierung verständigt die übrigen Regierungen.

Ein neuer Schritt Hoovers? In Berlin. Wie verlautet, hat die Reichsregierung in Telegrammen an die hauptsächlich am Hooverplan beteiligten Regierungen diese über den gegenwärtigen Stand der Dinge unterrichtet, wie er sich nach den bisherigen Finanzverhandlungen ergeben hat. Wie hierzu aus Washington gemeldet wird, dürfte in diesem Zusammenhang eine neue Aktion des Präsidenten Hoover bevorstehen.

Dr. Luther nach Basel abgereift.

Berlin. (Funkdruck.) Reichsbankpräsident Dr. Luther hat sich heute vormittag 10.17 Uhr im Flugzeug nach Basel begeben.

Die deutschen Botschaften in Paris und Rom.

tu. Paris. Der deutsche Botschafter v. Goelch hat heute am Sonntag vormittag im Auftrage der Reichsregierung dem Generalsekretär des Außenamtes Berthelot, der den abwesenden Außenminister vertritt, einen Besuch ab. Botschafter von Goelch wies auf die äußerst kritische Finanzlage Deutschlands hin, so wie sie sich nach den letzten Verhandlungen und Erklärungen ergeben hat, und erwähnte die jetzigen Maßnahmen, die geeignet erscheinen, die augenblickliche Krise durch eine gemeinsame Aktion aller am Youngplan interessierten Länder zu beheben.

Paris. (Funkdruck.) Der deutsche Botschafter von Goelch hatte heute früh eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand, in der er, wie gestern Ministerpräsident Laval, ihn von dem Ernst der finanziellen Lage Deutschlands in Kenntnis setzte.

tu. Rom. Botschafter von Schubert hat am Sonntag vormittag die italienische Regierung vom Ernst der Lage in Deutschland verständigt.

Frankreich beharrt auf seinem Standpunkt.

tu. Paris. Der letzte Notruf der Reichsregierung an die Regierungen in Washington, London, Rom und Paris ist hier mit der bekannten Passivität aufgenommen worden, die man in Frankreich stets an den Tag legt, wenn es sich darum handelt, Deutschland zu helfen. Außenminister Briand befindet sich auf seinem Landgut. Auch Finanzminister Mandin hat Paris verlassen, um sich einige Tage Ruhe zu gönnen.

Die Abendpresse beschäftigt sich lebhaft mit den Erklärungen der letzten 24 Stunden. Die Kommentare gipfeln sämtlich in den überhöhten Garantieforderungen. Man hat den Eindruck, als ob Frankreich nun endlich seine Stunde für gekommen hält, die in letzter Zeit stark zurückgedrängte Delegation durchzusetzen. Der Temps wirft Deutschland vor, in eine Art Massenwahn verfallen zu sein, der eine ruhige Betrachtung der Lage verhindere. Es sei zu wünschen, daß man von Washington, London und Paris aus Rückschlüsse der Mäßigkeit erteile. Die Liberté verleiht die augenblickliche Lage in Deutschland mit den letzten Zudungen eines angeschossenen Tieres, das sich noch einige Male erhebt, um dann endgültig zusammenzubrechen.

Ein Dementi aus Washington

Washington, 13. Juli.

Nach einer Konferenz mit Präsident Hoover in Rapidan ließ Unterstaatssekretär Castle durch das Weiße Haus eine Mitteilung veröffentlichen, in der festgestellt wird, daß Präsident Hoover weder ein Ersuchen Deutschlands im Zusammenhang mit seinen gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten erhalten habe, noch geantwortet worden sei, sich beim Federal Reserve Board zu verwenden, auf den Fall, wenn die Exekutive der Vereinigten Staaten keinen Einfluß habe und auch nicht zu nehmen gedenke.

Staatssekretär Castle gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß die finanzielle Anspannung in Deutschland überwunden werde, und bemerkte, die vom Staatsdepartement erhaltenen offiziellen Informationen zeigten, daß der Status der bei dem Zusammenbruch der Norddeutschen Volkswirtschaft genannten Darmstädter und Nationalbank Berlin gesund sei.

Die Erörterung der deutschen Krise in Amerika.

tu. New York. Höhere Regierungskreise betonen — wie Associated Press aus Washington meldet — nach wie vor die Tatsache, daß die Reservebehörde eine unabhängige Institution sei, die sich lediglich durch wirtschaftliche Gesichtspunkte leiten lasse. Es wird darauf hingewiesen, daß die Reservebehörde in akuten Situationen in den USA, oder im Ausland auf die Beurteilung der Sachlage seitens der Regierung Rücksicht nehme. Ferner wird erneut bemerkt, daß Grund zur Annahme bestehe, Hoover werde einen Weg suchen, um eine deutsche Zahlungseinstellung zu verhindern.

Das Staatsdepartement wurde durch den amerikanischen Botschafter in Berlin, Sackett, über die ernste deutsche Finanzlage unterrichtet; der Inhalt seines Berichtes ist jedoch nicht veröffentlicht worden.

Amerikanische Privatkredit-Konzentrierung zugunsten Deutschlands.

tu. New York, 12. Juli. (Reuter.) Wie hier heute abend verlautet, ist Washington für eine Privatkreditkonzentrierung zur Unterstützung Deutschlands bereit. Diese Kreditkonzentrierung solle durch die Morgan-Gesellschaft und die Chase National City Bank in New York unter der Regide der Federal Reserve Bank erfolgen.

Bessere Kreditaussichten.

Berlin. (Funkdruck.) Angekündigt der in den heutigen frühen Morgenstunden eingetroffenen neuen amerikanischen Nachrichten werden in den tendenziösen Kreisen die Aussichten auf einen Kredit nicht unangenehm beurteilt. Hieraus dürfte auch die Tatsache durchzuführen sein, daß sich Reichsbankpräsident Dr. Luther entschlossen hat, sofort nach Basel zu reisen. Auch aus Paris liegen, wie wir zuverlässig hören, beruhigendere Nachrichten vor, und man hofft, daß die Kreditfrage schon in Kürze eine zufriedenstellende Lösung finden kann.

Regelung des Devisenverkehrs.

tu. Berlin, 13. Juli. Die Darmstädter und Nationalbank hat mitgeteilt, daß sie geneigt sei, ihre Schalter am Montag geschlossen zu halten. Die Reichsregierung hat die Darmstädter und Nationalbank zu folgender Erklärung ermächtigt:

Die Reichsregierung wird auf Grund einer im Laufe des heutigen Tages ergehenden Notverordnung des Herrn Reichsbankpräsidenten durch volle Garantiefürung für alle Einlagen für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte der Danat-Bank Sorge tragen.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der eingetretenen Zahlungsschuldung in den Börsen die Anregung gegeben worden, den Verkehr mit Effekten und Devisen für Montag und Dienstag einzustellen.

Die amtlichen deutschen Börsen bleiben am 13. und 14. Juli geschlossen.

Berlin. (Funkdruck.) Wie nunmehr feststeht, bleiben am Montag, dem 13. und Dienstag, dem 14. Juli, sämtliche deutsche Effektenbörsen geschlossen.

Börsenausfall auch in Sachsen.

tu. Dresden. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, hat die sächsische Regierung die Schließung der Börsen in Sachsen für Montag und Dienstag angeordnet.

Börsenausfall in Bremen.

Bremen. (Funkdruck.) Die Devisen- und Effektenbörse in Bremen bleibt heute und morgen im Anschluß an das Vorgehen in Preußen geschlossen.

Die neue Notverordnung der Reichsregierung.

Berlin. (Funkdruck.) Das Reichskabinett, das, wie gemeldet, heute vormittag um 11,12 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten ist, berät gegenwärtig noch immer über die Maßnahmen zur Behebung der gegenwärtigen überaus kritischen Lage. Wie wir von unterrichteten Kreisen erfahren, erwartet man für die nächsten Stunden 1. die Herausgabe einer Notverordnung, die sich mit den Schwierigkeiten der Darmstädter und Nationalbank befaßt, 2. Ausführungsbestimmungen dazu und 3. eine Erklärung der Reichsregierung. Eine Notverordnung über den Devisenverkehr scheint im Augenblick nicht in Frage zu kommen.

Weitere Nachrichten hierzu auf Seite 3.